

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. einschließlich Abgabe. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Inhaber und Geschäftsführer: Wilsdruff u. Umgegend. Druckerei: Wilsdruff u. Umgegend. Druckort: Wilsdruff. Druckzeitraum: von 1871 bis 1925. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Charandt, Finanzamt Riesa.

Verlagspreis: Die Reichspost-Kommunikation 20 Cent, die 4 gepolte Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent, die 2 gepolte Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 20 Cent, die 4 gepolte Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblätter sind für die Reichspost-Kommunikation geeignet. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, seinen Namen und seine Adresse anzugeben. Die Wilsdruffer Tageblätter sind für die Reichspost-Kommunikation geeignet. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, seinen Namen und seine Adresse anzugeben.

Nr. 186 — 84. Jahrgang — Wilsdruff-Dresden — Mittwoch, den 12. August 1925

Der vorderasiatische Hexentessel.

Weber Frankreich noch England werden der Neuordnung bzw. ihres Besitzes in Vorderasien so recht froh; die Reibungsflächen beider Mächte stoßen dort eben so fest aufeinander, wie das Land selbst nicht zur Ruhe kommen kann. Der Plan, die Türkei aufzuteilen, militärisch und die Araber, denen man während des Krieges, um sie zu gewinnen, alles mögliche versprochen hatte, sind jetzt sehr unzufrieden damit, daß man ihnen die Verrechnungen nicht bietet. Daraus ergeben sich in Vorderasien lauter politische Unmöglichkeit. Eine Kleinigkeit beispielsweise: Von Aleppo aus, also von Nord-Syrien geht die Bagdadbahn nach Osten; sie gehört zur französischen Einflussphäre. Und als die Türken zur Bekämpfung des kurdenaufständigen Truppen in das Aufstanzgebiet herantourieren wollten, teilten ihnen die Franzosen mit, daß die Bahn „leider“ infolge von Reparaturen usw. nicht betriebsfähig sei. Natürlich geschah das nur, um die Türken an der Erlangung einer fruchtigen Stellung in Nordmesopotamien zu hindern, weil der Kampf um die Gebiete nordöstlich von Mossul immer weitergeht, vor allem durch den jüngsten Schiedsspruch des Völkerbundes alles andere als beendet ist. Will der Türke im Besitz dieses alten Gebietes bleiben, so wollen es der Franzose und der Engländer gleichfalls haben. Abgesehen ist auch Amerika gleichfalls sehr interessiert; denn der Völkerbund macht, einer Entscheidung durch Verschiedene auszuweichen zu können, so rückt er damit näher, daß sich eine der interessierten Mächte des unstrittigen Gebietes einfach durch Gewaltrecht bemächtigen und jede Gegenpartei der „Geschädigten“ durch ein gegenseitiges Auspietern verhindern kann. Am wenigsten würde sich Frankreich etwa gefallen lassen, daß der „König“ des Irak — zwar nicht von Gottes, sondern durchaus von Englands Gnaden — Besitzer der Petroleumschätze des Mesopotamien wird. Denn diesen „König“ haben 1920 die Franzosen aus Damaskus hinausgeworfen, als und weil er sich durch die Syrier zum Herrscher wählen ließ. Da machten ihn die Engländer zum „König des Irak“, seinen Bruder aber zum König von Transjordanien, also des Ostjordanlandes, das unmittelbar an Syrien anschließt. Ihm geht es aber nicht gut, weil die antiken Babylonen, die Bewohner Innerarabiens — natürlich nicht ohne heimliche Unterstützung Frankreichs — schon den König des Hedschas, den Vater der beiden Brüder, Hussein, aus Arabien vertrieben haben und dann die Thone attackierten. Die Engländer übrigens, die diesen früheren Emir von Mekka selbst zum Verräter an den Türken verurteilt hatten, ließen ihn in dem Augenblick fallen, da es ihm schlecht ging.

Daß die Druzen so ganz ohne englische Unterstützung ihren Aufstieg injiziert haben, dürfte man wohl selbst in Paris nicht glauben. England selbst hat wohl in offener Weise nichts Verdrähtes getan, aber — wozu hat man beispielsweise den König Abdallah und Transjordanien! Mit den dortigen Arabern verbindet die Druzen die Waffenbrüderschaft aus dem Spätherbst 1918, als man gemeinsam über die geschlagen abgehenden Türken herfiel. Und Damaskus, die alte Kalifenstadt der Omijaden, der Hauptstamm arabischer Völkerstämme, arabischer Kultur, wiederzuerhalten, ist das klare Ziel aller dieser Völkerkämpfe und Stämme, denen man das Selbstbestimmungsrecht verbrochen hat.

Es ist also ein wider Hexentessel, dieses Vorderasien, wie es durch die Entente umgestaltet worden ist. Und in diesem Hexentessel brodelt auch jene panislamistische Pläne, die durch Abd-el-Krim und Mustafa Kemal's Erfolge neue Nahrung fanden. In Tunis, in Tripolis lodern bald hier, bald dort die Flammen und Flämmchen von Aufständen, mit Wähe nur werden sie gelöscht. In Ägypten herrscht Kirchhofstille. Der Islam regt sich; das ist kein Geheimnis mehr. Daß die Schuldigen, England und Frankreich, jetzt den Sturm ernten, wo sie Wind gesät haben, könnte uns Deutsche nur mit stiller Schadenfreude erfüllen, wenn wir nicht fürchten müßten, daß auch jetzt wieder, wie schon früher so oft, eine Einigung über diese Schwierigkeiten auf unserem Rücken erfolgt.

Frankreichs Verluste in Syrien.

Der Bericht des Generals Sartail über die Ereignisse in Syrien ist eingetroffen. Ministerpräsident Painlevé hat über seinen Inhalt Pressevertretern folgendes mitgeteilt: Aus dem Bericht des Oberkommandos in Syrien ergibt sich, daß die Ereignisse in Dschebel Druze durch innere Streitigkeiten hervorgerufen worden sind. In der Familie des Sultans Atschaf ist ein Konflikt zwischen französischfreundlichen Elementen und Anhängern der Unabhängigkeit entstanden. Von den entsandten französischen Soldaten haben nur 70 den Angreifern entkommen können. Um die letzteren zu bestrafen, ist eine stärkere Kolonne unter dem Befehl des Generals Richard entsandt worden. Die Aufständischen haben die Franzosen angegriffen. Die malachitischen und syrischen Schwärme, die den Aufstand hatten, die Kolonne zu becken, haben keinen Widerstand geleistet. Der französische Befehlshaber hat sich das Leben genommen, um nicht lebendig in die Hände der Druzen zu fallen. Die Aufständischen haben den größten Teil des Materials der Kolonne Richard erbeutet, die den Rückzug antreten mußte. Die Höhe der französischen Verluste ist noch nicht bekannt.

Annahme der Zollvorlage in 2. Lesung.

Reichstagskampf um die Zölle.

(117. Sitzung.) OB. Berlin, 10. August.

Bei der Eröffnung des Hauses beantragte Abg. Süß (Komm.) sofort Vertagung und bezweifelte die Beschlussfähigkeit. Sozialdemokraten und Kommunisten verließen den Saal. Es mußte infolgedessen Auszahlung stattfinden. Während der Auszahlung richtete Vizepräsident Graf an die Kommunisten die Frage: „Herr Abg. Schütz, ist es richtig, daß Sie ausgerufen haben: „Sie alter Schieber da oben!““ Durch Zuruf wies Abg. Dittmann (Soz.) darauf hin, daß vor Feststellung der Beschlussfähigkeit die Sitzung formell gar nicht stattfände. Die Auszahlung ergab die Anwesenheit von 238 Abgeordneten; das Haus war also nicht beschlussfähig. Der Vizepräsident beantragte sofort eine neue Sitzung um 11 Uhr an. Nach Wiedereröffnung der Sitzung fragte Vizepräsident Graf, ob der Abg. Schütz (Komm.) sich zu dem Zuruf bekenne. Es stellte sich heraus, daß Abg. Schütz nicht im Saale war. Vizepräsident Graf erklärte, die vom Abg. Schütz gegen den Präsidenten gerichtete Beschimpfung sei so groß, daß ein Ordnungsruß nicht eine ausreichende Sühne sei. Er schloß darum den Abgeordneten für den Rest der Sitzung aus.

Abg. Süß (Komm.) beantragte jetzt, mit Rücksicht auf die überlange Dauer der Sitzungen müsse den überanstrengten Arbeitern und Angestellten des Reichstages eine einmalige Zulage von 300 Mark und während der langen Sitzungen freies Mittagessen gewährt werden.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) erklärte, die Absicht des Antrages sei so durchsichtig, daß er in diesem Augenblick nicht angenommen werden könne. Abg. Koch-Weser (Dem.) schlug vor, den Antrag sofort dem Vorstand und dem Ausschuss zu überweisen.

Abg. Süß (Komm.) protestierte dagegen, daß der Abg. Schütz von der Sitzung ausgeschlossen wurde, bevor der Präsident schiedene Sühne, ob die gerügte Äußerung überhaupt von Schütz gekommen sei. Darauf wurde mit der Einzelberatung der Agrarzölle begonnen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) wandte sich dabei gegen die Agrarzölle. Er begründete den großen Antrag der Sozialdemokraten, der eine Herabsetzung oder Beseitigung der industriellen Zölle will. In der Zwischenzeit solle in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Lage der deutschen Landwirtschaft geprüft werden. Nach dieser Rede erklärte Vizepräsident Graf, er habe bemerkt, daß der ausgewiesene Abg. Schütz den Saal betreten habe. Er forderte diesen zum Verlassen des Saales auf. Abg. Schütz kam dieser Aufforderung nicht nach. Vizepräsident Graf unterbrach darauf die Sitzung auf zehn Minuten. Nach Wiedereröffnung stellt der Vizepräsident fest, daß der Abg. Schütz durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, sich automatisch auf acht Sitzungstage ausgeschlossen habe. Von den Kommunisten wurde laut gerufen: „Sie haben nicht einmal den Ausschuss erwidert!“ Diese Ruhe feierten sich, als der Vizepräsident den Abg. Schütz nunmehr ausforderte, den Saal zu verlassen. Da Abg. Schütz auch der zweiten Aufforderung nicht nachkam, erklärte der Vizepräsident, er habe sich damit automatisch auf zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen. Er werde jetzt den Abg. Schütz gewaltsam entfernen lassen.

Gewaltsame Entfernung von Kommunisten.

Nachdem auf Veranlassung des Vizepräsidenten die Publikumsdröhne geräumt war und die meisten Abgeordneten den Saal verlassen hatten, betraten acht Polizeibeamte in Zivil den Saal, von den Kommunisten mitärm empfangen. Sie traten auf den Abg. Schütz zu, der auf seinem Platze saß, und der Führer der Polizeibeamten redete auf ihn ein. Man beobachtete einen kurzen Wortwechsel, dann packten die Beamten den Abgeordneten und brachten den sich Sträubenden gewaltsam aus dem Saale. Ein anderer Beamter geriet ins Handgemeine mit anderen kommunistischen Abgeordneten.

Die Kommunisten begleiteten diese Szene mit „Pui-Rufen“, während einige Abgeordnete der Rechten „Bravo“ riefen. Als Vizepräsident Graf den Saal wieder betrat, riefen einige Kommunisten: „Da kommt der Hausknecht!“ Abg. Süß (Komm.) protestierte mit einer Geschäftsordnungsbemerkung gegen das Auftreten der Polizeibeamten. Die Kommunisten begleiteten diese Ausführungen mit Entfästungskundgebungen.

Vizepräsident Graf erteilte dem nächsten Redner zur Sache, dem Abg. Puh (Komm.), das Wort. Da wiegen die Kommunisten durch erregte Jurise darauf hin, daß die Tribünen noch immer geräumt seien. Der Vizepräsident erklärte, die Öffentlichkeit sei wieder hergestellt. Die Kommunisten bestritten das in lärmenden Jurisen. Ein Kommunist rief: „Schämen Sie sich, Herr Präsident!“ Darauf wies der Vizepräsident den Abg. Weber aus dem Saale und unterbrach, als Weber der Aufforderung nicht folgte, wiederum die Sitzung. Als in der Pause der Präsident auf ein Moment den Saal betrat, wies Abg. Neubauer (Komm.) auf die noch immer geschlossene Tribünenstür und rief: „Herr Präsident, Sie haben die Unwahrheit gesagt!“ Andere Kommunisten riefen: „Lügner!“ Nach etwa fünf Minuten wurden die Tribünenbesucher wieder eingelassen.

Übermalige Unterbrechung.

Vizepräsident Graf betrat, von kommunistischen Pui-Rufen empfangen, den Saal wieder und erklärte, er habe in der Zwischenzeit festgestellt, daß nicht der Abg. Weber, sondern der kommunistische Abg. Torgler den beanstandeten Juris gemacht habe. Die Ausweisung betreffe also diesen. Mehrere Kommunisten riefen: „Das haben Sie ja auch nicht einwandfrei festgestellt!“ Abg. Torgler rief: „Sie haben gelogen, als Sie behaupteten, die Öffentlichkeit sei wieder hergestellt.“ Abg. Torgler blieb im Saal und die Sitzung wurde

won einmal unterbrochen. Nach dem Wiedereintritt des Vizepräsidenten riefen die Kommunisten: „Sie verließen ja während die Geschäftsordnung!“ Vizepräsident Graf rief: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich, wenn Sie nicht Ruhe geben, nicht zurücktreten werde, unter Umständen die ganze kommunistische Fraktion auszuweisen!“ Darauf antworteten die Kommunisten mit lauten Pui-Rufen. Der Vizepräsident wies die kommunistischen Abgeordneten Mänzenberger, Neubauer, Reddermeyer und Creutzburg aus dem Saal. Die Abgeordneten blieben aber. Einige Kommunisten riefen: „Creutzburg ist ja in Hamburg!“

Nach Unterbrechung und Wiedereröffnung der Sitzung stellte der Vizepräsident fest, daß die vier Abgeordneten noch im Saale sind. Er unterbrach nochmals die Sitzung und ließ die Tribünen räumen, um die Ausgewiesenen gewaltsam entfernen zu lassen. Etwa 17 Polizeibeamte vollzogen den Ausschluß. Ihne zur Gewaltanwendung genötigt zu sein.

Die Kommunisten riefen: „Wir weichen der Gewalt. Das ist die Politik der Luther-Regierung!“ Vizepräsident Graf beobachtete den Akt von der Reichstrafstraße. Die Kommunisten riefen: „Er lacht noch dazu, der Genfer!“ Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilte Vizepräsident Graf mit, daß er nunmehr den Ausschuss auf drei Uhr hinüberföhren habe, unter der Voraussetzung, daß bis dahin die Zwischenfälle aufgehört haben.

Weiterberatung.

Abg. Puh (Komm.), der dann das Wort zur Sache hatte, suchte nachzuweisen, daß die Zollvorlage eine unerträgliche Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel der arbeitenden Massen herbeiföhren werde.

Abg. von Richthofen (Dem.) meinte, im Interesse der Landwirtschaft liege eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Das Gegenteil werde durch die in der Vorlage enthaltenen Futtermittelzölle erreicht. Auch in ihren übrigen Teilen sei die Zollvorlage unannehmbar.

Abg. von Graefe (Voll.) wandte sich in scharfen Worten gegen die Deutsche Tageszeitung, weil sie angeblich seine letzte Rede entsetzt hätte. Die Deutschnationalen und der Landbund hätten die Pflicht, einer solchen Zölbemagogie entgegenzutreten.

Abg. Frau Wurm (Soz.) forderte u. a. die freie Einfuhr des Getreierfisches und lehnte die Kontingentierung ab. Die Rückwirkung der Zölle müsse eine weitere Preissteigerung für Milch, Butter und Käse sein.

Abg. Obendiek (Komm.) bezeichnete die jetzige Regierung und ihre Reichstagsmehrheit als ein Klasseninstrument des Kapitals zur Niederhaltung der Arbeiterkraft.

Abg. Wiffel (Soz.) bekämpfte die Industriezölle der Vorlage. Die Regierungsparteien hätten in ihrer Erklärung mit erschütterter Offenheit zugestanden, daß sie selbst die Annahme der Zollvorlage als einen Schritt ins Ungewisse ansehen.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Dem.) steht in den Industriezöllen eine schwere Schädigung der Fertigungsindustrie, der mittleren Landwirtschaft, des Einzelhandels und des deutschen Handels. Dieser Zolltarif sei kein Mittel, sondern ein Hindernis für Handelsverträge. Er werde Deutschland in einen verhängnisvollen Weltzölkrieg führen.

Annahme der Zollvorlage in 2. Lesung.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 11. August. Der Reichstag beendete am Montag in erster Nachstunde die zweite Lesung der Zollvorlage. Mit den Stimmen der Rechtsparteien wurden die grundlegenden Paragraphen in einer gemeinsamen einfachen Abstimmung unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen. Angenommen wurde weiter ein Antrag, der die Ermöglichung der Umsatzen von 1,25 auf 1% fordert. Die dritte Lesung der Zollvorlage wird am Mittwoch stattfinden.

Verzögerung der Rheinräumung.

Erst am 31. August!

Nach allen vorliegenden Meldungen hat es den Anschein, daß die „Sanktionsstädte“ — Duisburg und Düsseldorf — von den französischen Militärbehörden nun doch nicht, wie es die französische Regierung versprochen hatte, bis zum 15. August, sondern erst bis zum 31. August geräumt werden. Anschließend sind infolge des Fehlens aktenmäßiger Aufzeichnungen von Herriot vor der endgültigen Festsetzung der Rheinräumung zeitraubende Klärfragen notwendig, die jetzt dem Militärbefehlshaber — in Opposition gegen die politischen Absichten der Regierung — ermöglichen, die Räumung wegen nicht genügender Vorbereitungen hinauszuschieben.

Die polnischen Herbstmanöver

Warschau, 11. August. Die vom Kriegsminister General Sikorski zu den großen polnischen Sommermanövern geladenen Vertreter der Armeen Englands, Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals, der Randstaaten sowie der Kleinen En-